

Peace Needs in the DR Congo -

Local and International Strategies for Conflict Resolution”

Ökumenisches Netz Zentralafrika (ÖNZ) und Heinrich-Böll-Stiftung (hbs)

Berlin, 10-11 Juni 2010

Anlässlich des 50. Jahrestages der Unabhängigkeit der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) am 30. Juni 2010 veranstalteten das Ökumenische Netz Zentralafrika und die Heinrich Böll Stiftung in Berlin gemeinsam eine zweitägige Expertenkonferenz. In vier Panels diskutierten Vertreter von EU, UN, lokalen Menschenrechtsgruppen und Forschungsinstituten und einem Publikum aus Vertretern von Hilfswerken, Medien, Ministerien und NGOs die wichtigsten Konfliktlinien in der DR Kongo und suchten nach erfolgversprechenden Interventionsansätzen.

Kern der Veranstaltung war die Diskussion über das Spannungsverhältnis von Eigenverantwortung der kongolesischen Regierung und Zivilgesellschaft und internationalen Interventionen.

Zum Thema Sicherheitssektorreform erläuterte General Jean-Paul Michel, Chef der EUSEC-Mission in der DRC die Schwierigkeiten seiner Mission: EUSEC hat eine begrenzte personelle und finanzielle Ausstattung und könne daher nur unterstützend wirken, während die kongolesische Regierung den Motor der Reform stellen müsse. EUSECs Erfolg wird jedoch gebremst durch die jährlich zu erneuernden Mandate, die kurzfristigen Einsätze des Personals, die mangelnde Flexibilität der EU-Finanzierungsinstrumente, mangelnde Ressourcen sowie eine Vielzahl und schlechte Koordinierung von Einzelaktivitäten von internationalen Akteuren. Mangelnde Geberkoordinierung und das Fehlen einer kohärenten Strategie gegenüber der kongolesischen Regierung hemmen auch die Leistungsfähigkeit der UN Blauhelmission MONUC. Christian Manahl, Leiter der MONUC im Osten der DR Kongo sieht daher den Handlungsspielraum seiner Mission als begrenzt, solange der Reformwillen der kongolesischen Regierung nur eingeschränkt vorhanden sei. „Kongo ist, was die Kongolesen selbst wollen, nicht mehr und nicht weniger.“

Vertreter kongolesischer Menschenrechtsorganisationen forderten die internationale Gemeinschaft auf, einen größeren Beitrag zur Beendigung der systematischen Straflosigkeit bei Kriegsverbrechen im Land zu leisten. Wichtig sei die Einrichtung gemischt besetzter Tribunale mit einheimischen und externen Richtern. Reparationen für die Opfer von Überfällen und militärischen Aktionen seien bislang ausgeblieben. Botschaften der EU sollten ihre Mechanismen zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern und Zeugen von Kriegsverbrechen conse-

quent anwenden, um Vertretern der Zivilgesellschaft Schutz vor politischer Verfolgung zu gewähren.



Panel 1 mit René Ngongo, Christian Manahl, Gen. Michel, Kirsten Maas-Albert (hbs)

Die reichen Bodenschätze in der DR Kongo haben in den letzten 50 Jahren nur eine kleine Elite aus Politik, Militär und Geschäftsleuten bereichert und die andauernden Kriege zwischen der staatlichen Armee, Oppositionsgruppen, illegalen Milizen und militärische Interventionen aus den Nachbarstaaten finanziert. Um Transparenz im Rohstoffsektor zu erreichen, ist es notwendig, den Abbau von Rohstoffen zu demilitarisieren und unter staatliche Aufsicht zu bringen. Die Vergabe von Herkunftszertifikaten sowie die Einrichtung von lokalen Handelszentren, die unter staatlicher oder internationaler Aufsicht stehen, könnten dazu beitragen, langfristig die Erlöse aus dem Rohstoffhandel zum Wohle der gesamten Bevölkerung zu nutzen. Der Träger des alternativen Friedensnobelpreises „Right Livelihood Award“, René Ngongo aus Kinshasa machte zudem deutlich, dass die westlichen Industrienationen ein großes Interesse daran haben sollten, die DR Kongo als wichtigsten Exporteur von mineralischen Rohstoffen und vor allem als Sitz des zweitgrößten intakten Regenwaldes der Erde als stabilen und demokratischen Partner zu gewinnen. Eine erneute politische Krise in Zentralafrika sei weit gefährlicher – und teurer – als alle derzeitigen Stabilisierungskosten.

Das Panel zu den anstehenden Wahlen 2011 zeigte, dass die umfassende Reform der demokratischen Institutionen, die mit den Wahlen 2006 angestoßen wurde, weitgehend ohne

Erfolg geblieben ist. Auch 2010 gibt es noch keine unabhängige Wahlkommission, die faire und Transparente Wahlen 2011 organisieren könnte. Die Vertreter der lokalen NGOs fordern die internationale Gemeinschaft auf, Finanzhilfen an die DR Kongo an Demokratisierungs- und Dezentralisierungsschritte zu koppeln und die strikte Einhaltung der Menschenrechte einzufordern. 2011 allein Präsidentschaftswahlen abzuhalten sei nicht genug. Nur wenn der Demokratisierungsprozess auch auf Provinz- und lokaler Ebene verankert wird, können die Bürger ihre Regierung vollständig demokratisch zur Verantwortung ziehen.

Zentrale Forderungen der Konferenz waren:

- Die Einrichtung einer international besetzten unabhängigen Untersuchungskommission zur Aufklärung des Todes von Floribert Chebeya
- Die Einhaltung der EU-Guidelines für Menschenrechtsverteidiger durch die Europäischen Botschaften und Organisationen in der DR Kongo
- Intensiveres personelles Engagement und Entsendung von Experten und ggf. Militärs zur MONUC, EUSEC und EUPOL
- Internationales Engagement für die Abhaltung fairer und freier Präsidentschafts- und Kommunalwahlen 2011
- Stärkere Anstrengungen zur Dezentralisierung und zum Aufbau von lokalen demokratischen Strukturen auf Provinzebene
- Entwicklung und konsequente Einhaltung einer gemeinsamen Entwicklungsstrategie aus EU und möglichst US-amerikanischen Gebern, die durch Benchmarks überprüft und ggf. sanktioniert wird
- Mehr Anstrengungen im Bereich Sicherheitssektorreform. Überprüfung aller FARDC-Offiziere auf Menschenrechtsverletzungen in ihrer Vergangenheit (vetting) und ggf. juristische Verfolgung sowie Ausschluss aus der FARDC
- Demobilisierungsangebote für ehemalige Kombattanten, insbesondere FDLR und CNDP müssen attraktiver werden und ein Pakte sozio-ökonomischer Wiedereingliederungshilfen über mindestens 24 Monate beinhalten
- Über das Angebot von ReJusCo hinausgehende konkrete Unterstützung und Aufbau des Justizsystems
- Verknüpfung der aktuellen Entschuldungs-Initiative der des IWF mit menschenrechtlichen Kriterien
- Ausweitung und Implementierung des Projekts zur Zertifizierung von mineralischen Rohstoffen, Aufbau eines und landesweiten Netzes von Handelsbüros für Rohstoffe, in denen die Schürfer ihre Erze zu einem fairen Preis direkt verkaufen können, um illegale Zwischenhändler aus dem Mineralienhandel zu verbannen und den Rohstoffsektor zu entmilitarisieren
- Schutz des intakten Regenwaldes in der DR Kongo vor Abbau, Zersiedelung und Zerstörung durch umfassende Betreuungsprogramme für lokale Bevölkerung. Strenge Kontrolle lokaler und internationaler Holzabbau-Firmen

Verleihung des ersten Ökumenischen Friedenspreises an Raphael Wakenge

Am Abend des 10. Juni 2010 verlieh das ÖNZ Raphael Wakenge und seiner Organisation „Initiative Congolaise pour la Justice et la Paix“ den ersten Ökumenischen Friedenspreis. Stellvertretend für viele kongolesische Menschenrechtler setzt sich Wakenge seit Jahrzehnten für die Rechte von Opfern militärischer Gewalt und Ausbeutung ein. Das Beispiel seines am 2. Juni 2010 ermordeten Kollegen Floribert Chebeya macht deutlich, welche Gefahren die Kritiker der kongolesischen Regierung für ihre Arbeit in Kauf nehmen.



Claudia Roth überreicht den Ersten Ökumenischen Friedenspreis an Raphael Wakenge